

Zeitschrift: Jahrbuch Oberaargau : Menschen, Orte, Geschichten im Berner Mittelland
Herausgeber: Jahrbuch Oberaargau
Band: 41 (1998)

Artikel: 1. August 1998 in Rohrbach : Ansprache von Bundesrat Moritz Leuenberger
Autor: Leuenberger, Moritz
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1071392>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 04.10.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

1. August 1998 in Rohrbach

Ansprache von Bundesrat Moritz Leuenberger

Das 1. August-Feuer

Ich erinnere mich an den 1. August zu Zeiten, als ich noch ein Kind war. 1. August, das hiess: Lange aufbleiben dürfen, im Lampionumzug mitlaufen, bengalische Zündhölzchen anzünden. Das hiess auch, Vulkane und Kracher platzen lassen. Das hiess, Reden anhören über Wilhelm Tell und unsere Unabhängigkeit. Der Mittelpunkt jeder Feier waren aber doch die grossen Feuer. Eigentlich war mir als Kind wohl an diesem warmen Feuer. Aber diese seien, so wurde uns erklärt, Warnfeuer der alten Eidgenossen gewesen, die sich so von Tal zu Tal vor dem eindringenden Feind gewarnt hätten.

Heute gibt es immer noch Lampionumzüge, immer noch Kracher, immer noch Reden – etwas selbstkritischere zwar – und heute sind die Feuerwerke teurer und phantastischer geworden, so phantastisch, dass in Rohrbach Feuerwerk auf dem Schulhausareal verboten ist und dass das BUWAL mahnen musste, dass der 1. August kein nationaler Abfallverbrennungstag sei.

Meine erste 1.-August-Ansprache als Bundesrat halte ich in meinem Heimatort, dem ich in Dankbarkeit verbunden bleibe: Sie haben mich nach der Wahl in den Bundesrat – als Städter und als Zürcher – hierhin eingeladen, und ich darf sogar nach dem Munibergentscheid hier erscheinen und das Maul auf tun.

Das Glücksrad

Als wir vor drei Jahren gemeinsam die Bundesratswahl feierten, habe ich – im damaligen Hoch – vom Symbol des Glücksrades gesprochen, welches sich mir am Portal des Basler Münsters auf jedem Schulweg zeigte.

Hochs und Tiefs durchleben wir alle, als private und politische Menschen, aber auch als Familien, Gemeinschaften, als Dörfer und Städte, als Völker und Kontinente. Das gilt für die hiesige Gegend, die ausgesprochen schwierige Zeiten mit Arbeitslosigkeit, Alkoholismus und Abwanderung durchzustehen hatte, die jetzt aber Anschluss an den internationalen Handel, an die Design- und Kulturwelt gefunden hat.

Es gab demgegenüber Blütezeiten für die Städte – sie sind heute sicher vorbei: In den Städten wohnen im Durchschnitt mehr Alte, Arme, Alleinerziehende, Abhängige, Auszubildende, Arbeitslose, Ausgesteuerte, Ausländerinnen und Ausländer und Aussteigende als anderswo. Dies bürdet den Städten finanzielle, polizeiliche und kulturelle Probleme auf.

Es gibt gute und schlechte Zeiten auch für ganze Staaten. Auch für die Schweiz. Es ist uns lange sehr gut gegangen – und wenn es uns schlecht ging, war es immer noch besser als anderswo. Wohlstand und Erfolg waren die Norm. Die Welt bewunderte unsere Unabhängigkeit, unsere Geschichte, unsere demokratischen Grundwerte. Wir waren verwöhnt.

Die Vorwürfe

Heute sieht es anders aus. Plötzlich hagelt es Vorwürfe und Kritik. Die Schweiz soll boykottiert werden. Schweizer seien – so das Vorurteil – alle geldgierig und hartherzig. Unsere Flüchtlingslager seien mit KZ zu vergleichen, etc. Neben berechtigten Feststellungen gibt es auch nicht zu akzeptierende Masslosigkeiten. Wir können nachgerade froh sein, dass Monika Lewinski jünger und attraktiver ist als die Helvetia, so tobt sich die mediale Welt anderweitig aus.

Dabei war noch vor 7 Jahren alles so schön: Damals konnten wir uns noch – wenn auch mit ein paar Nebentönen – zum 700. Geburtstag zelebrieren. Wir warfen damals einen sehr weiten Blick zurück auf unsere Vergangenheit. Wir sahen damals vor allem die Helden und nur die erfolgreichen Feldzüge. Das letzte halbe Jahrhundert hingegen liessen wir dabei aus. Wer in den letzten 50 Jahren dennoch mahnen wollte und einige Fragezeichen setzen mochte, wurde bald einmal als Nestbeschmutzer empfunden.

In den letzten zwei Jahren ist die ganze Schweiz unsanft mit dieser jüngsten Geschichte konfrontiert worden. Grundsätzlich zu Recht. Die Auf-



Bundesfeier 1998 in Rohrbach. Oben Bundesrat Moritz Leuenberger mit seiner Grosstante Rosalie Zaugg-Leuenberger, Glasbach, Rohrbachgraben. Fotos Thomas Peter.

arbeitung auch der dunkleren Kapitel der Geschichte ist für die Psyche eines Staates wichtig. Unter den Tisch wischen ist nie ein gutes Rezept:

Es gibt Tatsachen, die sind für die Schweiz unangenehm, keineswegs heldenhaft, aber leider wahr.

- Es stimmt, dass im Krieg Tausende von Juden und Jüdinnen an der Grenze abgewiesen und damit der Verfolgung ausgeliefert wurden.
- Es stimmt, dass prominente Leute in der Schweiz einen Anschluss an Deutschland gern gesehen hätten.
- Es stimmt, dass sich einige am Krieg und im Krieg bereichert haben.
- Es stimmt, dass sich Bund und Banken nach dem Krieg zu bürokratisch und zu kleinlich der Opfer und deren Ansprüchen angenommen haben.

Die Antwort

Nun dürfen wir aber auch nicht von einem Extrem ins andere fallen und alles schlecht machen, was damals ging. So wenig wie es heute *die* Schweiz gibt, die eine einzige Haltung hat, gab es damals «*die*» Schweiz:

- Es ist nicht so, dass die Schweiz vom Krieg *völlig* verschont war – sie war vom Kriegsgeschehen umzingelt und musste irgendwie überleben; wer Kind war im Krieg, mag sich an die Verdunkelung, an den Luftschutzkeller und die Essenscoupons erinnern. Wer Bäuerin war, weiss, wie die Höfe ohne Männer, die in den Aktivdienst eingerückt waren, bestellt werden mussten.
- Es stimmt nicht, dass die *ganze* Schweizer Bevölkerung nazifreundlich war – es war eine winzige Gruppe. Die Mehrheit der Bevölkerung war gegen die Nazis und gegen den Faschismus.
- Es trifft nicht zu, dass alle Schweizer vom Krieg profitiert haben – auch dies waren einige wenige – und es sind jene, die auch heute noch aus allem, was auf der Welt passiert, irgendwie einen materiellen Nutzen ziehen. Es war – und ist – nie die Mehrheit unserer Bevölkerung.
- Und es gab – und gibt – viel Hilfe und Unterstützung für Kriegsopfer – von offizieller wie von privater Seite. Wir dürfen durchaus darauf hinweisen, dass Flüchtlingen geholfen wurde, dass auch damals «*gute*» Vermittlerdienste durch die Schweiz liefen, dass die Schweiz nicht aus Bürokraten allein bestand.

Wir müssen diesen Unterstellungen entgegentreten – nicht verschämt, sondern dezidiert. Wir dürfen es nur nicht dabei bewenden lassen: Nur wenn wir Ordnung machen, unsere ganze Geschichte kennen wollen, wenn wir gutmachen, was wieder gutzumachen ist, ist die Krise auch eine Chance. Aber: Das Nachdenken und Gutmachen kann nicht an Institutionen und Stiftungen delegiert werden. Die Bergier-Kommission und der Fonds für Opfer des Holocaust sind nicht genug. Wir müssen es wirklich selbst tun. Und wir tun das ja auch.

Und vergessen wir vor lauter Geschichtsaufarbeitung nicht: Was wir heute tun, ist in Zukunft Vergangenheit. Der wichtigste Teil der Geschichte ist die Gegenwart. An der heutigen Rückschaffungspolitik werden wir dereinst gemessen. Was wir heute gegen Umweltverschmutzung tun oder nicht tun, wird uns von unseren Nachfolgern vorgerechnet.

Die Arbeit

Und auch da ist nicht alles aussichtslos: Die Schweiz ist nicht einfach nur ein unbeweglicher Fleck auf der Landkarte, wo sich nichts tut. Wir können uns nämlich durchaus bewegen.

Die direkte Demokratie ist manchmal furchtbar langsam. Aber sie ist nicht immobil. Sie hat sich in den letzten 150 Jahren immer wieder entwickelt. Und was sich ändert, ändert sich aufgrund einer Mehrheit von Abstimmenden. Das hat Vorteile.

Einige Beispiele:

Frauen mussten in der Schweiz zwar lange warten, bis sie die politischen Rechte erhielten – dafür waren es die Männer selbst, die dazu ja sagten. Der Kanton Jura ging einen langen Weg um seine Unabhängigkeit – doch zeigte sich schliesslich die mehr als 100jährige Eidgenossenschaft im Stande, einen neuen Kanton zu schaffen.

Das Schweizervolk wollte eine grundlegende Reform des Bildungswesens – wir werden neu Fachhochschulen haben, die den Übergang von der Berufsausbildung zur Hochschulbildung ermöglichen. Darin sind wir europaweit einer der fortschrittlichsten Staaten.

Das Schweizervolk hat ja gesagt zu einer Verkehrs- und Umweltpolitik, die mit Ressourcen sorgfältig umgeht und die Umwelt schont. Unser fester Standpunkt hat in den bilateralen Verhandlungen der EU-Kommission

einen Kompromiss abgerungen. Unsere Politik wurde im soeben veröffentlichten Weissbuch von Herrn Kinnock übernommen. Im Unterschied zu den meisten übrigen Staaten des Kontinentes jedoch wird dieses Konzept bei uns vom Volk getragen. Wir haben zur NEAT, zur Belastung des Schwerverkehrs, zum Schutz der Alpen ja gesagt. Das Volk hat dieses Konzept entworfen. Und wenn es dies auch umsetzen will, so wird es die Verkehrsvorlagen gutheissen.

1989, der Fall der Berliner Mauer ist auch hier nicht spurlos vorbeigegangen. Die Armee wurde – wird noch – sozialverträglich und sorgfältig abgespeckt und modernisiert. Manchen tut dies weh. Trotzdem geschieht es. Die militärische Dienstpflicht der Schweizer Männer war jahrhundertlang ein Tabu, und wer dies mit seinem Gewissen nicht vereinbaren konnte, musste ins Gefängnis. Das ist heute überwunden.

Der Bundesrat legt ein Projekt vor für eine Solidaritätsstiftung. Die Stiftung soll dort angerufen werden können, wo schnelle und unbürokratische Hilfe gefordert wird – im Inland und im Ausland, und in Situationen, die das Recht nicht voraussehen konnte.

Reformbedarf besteht auch im Bereich der Sozialversicherungen. Die Zusammensetzung der Bevölkerung verändert sich schneller als wir die gesetzlichen Grundlagen erarbeiten und die Finanzierung sichern können. Die Experten sind am Werk.

Auch nach 150 Jahren Bundesstaat – oder vielleicht gerade deswegen – sind die Schweizer und Schweizerinnen noch imstande, Konzepte zu entwickeln und umzusetzen.

Die Schweiz in der Welt

Die Schweiz muss die Kraft aufbringen, Veränderungen vorzunehmen. Ein Prozess, der eigentlich nie beendet ist. Und der sich nicht auf die innere Organisation beschränken darf.

Die Schweiz muss sich heute dringend der neuen Situation auf dem europäischen Kontinent stellen. War sie früher ein Staat unter den anderen Nationalstaaten Europas, so ist sie heute Einzelgängerin neben einem ständig grösser werdenden Block, der uns zunehmend in die Lage bringt, Regeln, Vorschriften, Standards und Normen sogenannten «autonom nachzuvollziehen», auf deren Entstehung wir keinen Einfluss haben konnten.



Landschaft ehemaliger Wässermatten zwischen Rohrbach und Kleindietwil. Foto V. Binggeli.

Dieser «Sonderfall» wird auf die Länge zu einer «Sonderfalle». Wir müssen uns schon fragen: Was ist denn souveräner: Nachvollzug oder aktive Mitarbeit am europäischen Haus? Diese Mitarbeit kann für ganz Europa wertvoll sein, denn jene Qualitäten, die die Schweiz ausmachen – Schutz der Minderheiten, Bildungssystem, demokratische Mitbestimmungsrechte – sind gerade jene Bereiche, die in der Union künftig viel wichtiger werden. Die EU ist so, wie sie jetzt aussieht, noch nicht fertig – auch die Schweiz sah 1848 noch nicht so aus wie heute. Die Schweiz könnte bei dieser «Demokratisierung der EU» ihre Erfahrungen einbringen. Sie könnte ihre Solidarität mit dem übrigen Europa wahrnehmen. Da ist eine Chance.

Wir können unser Verhältnis zu Europa verschieden regeln: Durch einen bilateralen Vertrag (der ein Kompromiss sein muss), durch den Beitritt oder durch einen 2. EWR. Aber eine Haltung geht nicht auf: zu allen diesen Varianten einfach nur NEIN zu sagen und nur zurückzuschauen. Ge-

nau diese Haltung hat sich gerächt. Wir wären heute nicht derart im masslosen Kreuzfeuer, wenn wir wenigstens in der UNO, sicher aber nicht, wenn wir in der EU wären. Der letzte wird gebissen.

Die Jubiläen

1998 ist das Jahr der Jubiläen. In diesem Jahr jähren sich

- 350 Jahre Westfälischer Friede – er brachte die Unabhängigkeit vom Deutschen Reich,
- 200 Jahre Helvetik – das ist der Aufbruch zur neuen Eidgenossenschaft,
- 150 Jahre Bundesstaat – die Begründung des modernen schweizerischen Staates.
- Vor 80 Jahren brach der Landesstreik aus und seit
- 50 Jahren haben wir die AHV.

Jedes dieser Jubiläen hat unser Land geprägt und jedes kann verschieden interpretiert werden. Wichtig ist, dass wir nicht verklärend zurückblicken, sondern sie für die Arbeit an unserer Zukunft verwenden.

Wir feiern heute auch den 707. 1. August, an dem man ein Ereignis feiert, von dem man nicht genau weiss, ob und wann es stattgefunden hat, aber dessen Resultat man kennt – nämlich die Eidgenossenschaft, die uns – für jeden und jede auf andere Weise – Heimat und Geborgenheit bedeutet.

Sie haben mich mit Wärme empfangen und eingeladen, weil ich Bürger dieser Gemeinde bin, obwohl ich ja gar nie hier wohnte. Es ist diese Wärme, die zählt. – Wir wollen ja nicht nur perfekt organisiert sein, über Steuersätze und Staatsorganisation, Gesetze und Verordnungen streiten, sondern in erster Linie Menschen sein, die zueinander stehen.

Das macht diese Gemeinschaft und dann auch unseren Staat aus.

Und darum ist ein 1.-August-Feuer für mich heute kein Warnfeuer vor dem eindringenden Feind mehr, sondern, wie ich es als Kind empfand, ein Feuer der Wärme und Geborgenheit, welches auf alle in diesem Land, unabhängig ihrer Herkunft, ihrer sozialen Stellung, ihrer Sprache ausstrahlen soll.